Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal

{T 0/2}

9C 889/2014

Urteil vom 19. Februar 2016

II. sozialrechtliche Abteilung

Besetzung
Bundesrichterin Glanzmann, Präsidentin,
Bundesrichter Meyer, Bundesrichterin Pfiffner, Bundesrichter Parrino, Bundesrichterin Moser-Szeless,
Gerichtsschreiberin Dormann.

Verfahrensbeteiligte
A._____,
vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kaspar Saner,
Beschwerdeführer,

gegen

Stiftung B._____,
vertreten durch Rechtsanwältin Marta Mozar,
Beschwerdegegnerin.

Gegenstand
Berufliche Vorsorge (Freizügigkeitsleistung),

Beschwerde gegen den Entscheid des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich
vom 31. Oktober 2014.

Sachverhalt:

A.
Der 1960 geborene A._____ war bei der Stiftung B._____ (nachfolgend: Vorsorgestiftung) für die überobligatorische berufliche Vorsorge versichert, als der Geschäftsbereich, in dem er tätig war, auf den 30. Juni 2010 in eine neu gegründete Gesellschaft ausgegliedert wurde. Diese schloss sich ebenfalls der Vorsorgestiftung an; A._____ blieb somit bis zu seinem Austritt am 31. Mai 2013 bei ihr versichert. Gemäss Vorsorgeausweis vom 4. April 2013 betrug die Freizügigkeitsleistung per 31. Mai 2013 insgesamt Fr. 79'671.70. Mit diesem Betrag war A._____ nicht einverstanden; eine Einigung mit der Vorsorgestiftung konnte nicht gefunden werden.

B.
Mit Klage vom 5. Juli 2013 beantragte A._____, die Vorsorgestiftung sei zu verpflichten, ihm Fr. 298'254.- zu bezahlen, nebst Zins in der Höhe des BVG-Minimalzinssatzes plus 1 % seit 30. Juni 2013 (zahlbar an seine aktuelle Vorsorge- resp. Freizügigkeitseinrichtung). Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich wies die Klage mit Entscheid vom 31. Oktober 2014 ab.

C.

A._____ lässt mit Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten die Aufhebung des Entscheids vom 31. Oktober 2014 beantragen und das vorinstanzliche Rechtsbegehren erneuern; eventualiter sei die Vorsorgestiftung zu verpflichten, ihm Fr. 58'076.- zu bezahlen, nebst Zins in der Höhe des BVG-Minimalzinssatzes plus 1 % seit 30. Juni 2013 (zahlbar an seine aktuelle Vorsorge- resp. Freizügigkeitseinrichtung); subeventualiter sei die Vorsorgestiftung zu verpflichten, ihm für das vorinstanzliche Verfahren eine Parteientschädigung von 22,1 Anwaltsstunden à Fr. 300.- netto auszurichten, allenfalls sei die Sache zur Neufestsetzung der Parteientschädigung an das kantonale Gericht zurückzuweisen.
Die Vorsorgestiftung lässt auf Abweisung der Beschwerde schliessen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) verzichtet auf eine Stellungnahme.

Erwägungen:

1.
Mit der Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten kann unter anderem die Verletzung von Bundesrecht gerügt werden (Art. 95 lit. a BGG). Die Feststellung des Sachverhalts kann nur gerügt werden, wenn sie offensichtlich unrichtig ist oder auf einer Rechtsverletzung im Sinne von Artikel 95 beruht und wenn die Behebung des Mangels für den Ausgang des Verfahrens entscheidend sein kann (Art. 97 Abs. 1 BGG). Das Bundesgericht legt seinem Urteil den Sachverhalt zugrunde, den die Vorinstanz festgestellt hat (Art. 105 Abs. 1 BGG). Es kann die Sachverhaltsfeststellung der Vorinstanz von Amtes wegen berichtigen oder ergänzen, wenn sie offensichtlich unrichtig ist oder auf einer Rechtsverletzung im Sinne von Artikel 95 beruht (Art. 105 Abs. 2 BGG).

2.
Das kantonale Gericht hat nach zweifachem Schriftenwechsel weitere Eingaben des Beschwerdeführers (vom 20. Mai, 26. Juni und 30. September 2014) und der Vorsorgestiftung (vom 19. Juni 2014, samt Beilagen) zu den Akten genommen. Entgegen der Auffassung des Beschwerdeführers stellt der Umstand, dass die Vorinstanz die Eingabe vom 19. Juni 2014 nicht aus dem Recht gewiesen hat (Zwischenverfügung vom 24. September 2014), keine Verletzung von Art. 73 Abs. 2 BVG dar: Einerseits hat das Berufsvorsorgegericht die ebenfalls in Art. 73 Abs. 2 BVG statuierte Untersuchungsmaxime zu beachten. Anderseits kann nicht von einer (für die Beurteilung des Klagebegehrens) unnötigen Komplizierung des Verfahrens (vgl. MEYER/ UTTINGER, in: BVG und FZG, 2010, N. 93 zu Art. 73 BVG) oder gar von mutwilliger oder leichtsinniger Prozessführung (vgl. MEYER/UTTINGER, a.a.O., N. 89 f. zu Art. 73 BVG) seitens der Vorsorgestiftung gesprochen werden. Zudem lässt sich aus dem Urteil 9C 367/2013 vom 10. Dezember 2013 E. 3.3 nicht ableiten, dass die hier interessierende Eingabe nur innerhalb einer Frist von 20 Tagen nach Erhalt der letzten Eingabe der Gegenpartei möglich und daher von vornherein unbeachtlich gewesen sein soll. Es ist folglich auch nicht willkürlich
(Art. 9 BV), wenn die Vorinstanz dem Beschwerdeführer in diesem Zusammenhang keine Parteikostenentschädigung zugesprochen hat, weshalb der darauf gerichtete Subeventualantrag unbegründet ist.

3.

3.1. Versicherte, welche die Vorsorgeeinrichtung verlassen, bevor ein Vorsorgefall eintritt (Freizügigkeitsfall), haben Anspruch auf eine Austrittsleistung (Art. 2 Abs. 1 FZG [SR 831.42]).
Bei Spareinrichtungen entsprechen die Ansprüche der Versicherten dem Sparguthaben; bei versicherungsmässig geführten Beitragsprimatkassen entsprechen sie dem Deckungskapital (Art. 15 Abs. 1 FZG).
Bei Vorsorgeeinrichtungen im Leistungsprimat entsprechen die Ansprüche der Versicherten dem Barwert der erworbenen Leistungen (Art. 16 Abs. 1 FZG). Die erworbenen Leistungen werden wie folgt berechnet: versicherte Leistungen $\times$ *anrechenbare Versicherungsdauer* : *mögliche Versicherungsdauer* (*Art.* 16 *Abs.* 2 *FZG*). *Die versicherten Le*
*Bei Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung hat die versicherte Person zumindest Anspruch auf die eingebrachten Eintrittsleistunge*
*a. Beitrag zur Finanzierung der Ansprüche auf Invalidenleistungen bis zum Erreichen der ordentlichen Altersgrenze*; *b. Beitrag z*
*Beitrag zur Behebung einer Unterdeckung* (*Art.* 17 *Abs.* 2 *FZG*). *Von den gesamten reglementarischen Beiträgen, die der Arbeitge*

3.2. *Das Reglement "Ruhegehaltsabkommen" der Vorsorgestiftung vom* 14. *August* 2003 (*nachfolgend* : *Reglement*) *sieht im Kat*
*Eine* 100 *%ige maximale, einfache AHV − Rente*; *eine* 100 *%ige PK − Ersatzrente* (*ungekürzt, gemäss Versicherungsausweis*); *d*

sowiedieArbeitgeberbeiträgebeiderPensionskasse(Art.12Reglement).

4.

4.1.Essteht fest,dassessichbeiderVorsorgestiftungumeinearbeitgeberseitsfinanzierte(vgl.E.6.4hinten)Vorsorgeeinrichtu
DaskantonaleGerichthatverbindlich(E.1)festgestellt,fürdieBasisvorsorgeseinichtdieVorsorgestiftung,sonderndiePensi
Pensionskasse)zuständig.DieVorsorgestiftungführeden–seitOktober2007geschlossenen(vgl.Änderungenper30.Septemb
Vorsorgeplan"Ruhegehaltsabkommen"imLeistungsprimatunddenVorsorgeplan"Kadervorsorge"imBeitragsprimat.Mitde

4.2.DieVorinstanzhatdie"AHV–Rente"und die"PK–Ersatzrente"gemässArt.12Reglementals"temporäreLeistungengemä
Pensionskasseseienzwarauchtemporär,hättenaberinsofernkeinenEinflussaufdiegesamteFreizügigkeitsleistung,alssich
Hinsichtlichder"AHV–Rente"und der"PK–Ersatzrente"istdaskantonaleGerichtderAuffassung,siewürden–
andersalsdasRuhegehaltnachArt.11Reglement–nichtnachdemDeckungskapital–,sondernnachdemRentenumlageverfahr

5.

5.1.DerBeschwerdeführermachtgeltend,dieinArt.12ReglementerwähntenArbeitnehmer–undArbeitgeberbeiträgeandiePe
Überbrückungsrenten,nichtaberdie"PK–Ersatzrenten"unddieBeiträgeandiePensionskassebeiderBarwertbestimmungweg

5.2.

5.2.1.AusgangspunktjederGesetzesauslegungbildetderWortlautderBestimmung.IstderTextnichtganzklarundsindverschied

5.2.2.ReglementeprivaterVorsorgeeinrichtungensind,wosichinBezugaufdiezurStreitigkeitAnlassgebendenVorschriftenke
f.).

5.3.

5.3.1.Art.16Abs.2und3Satz1FZGgehennachdemklarenWortlautvondenversichertenLeistungenaus.Auchdiefranzösischebz
undInvalidenvorsorge,BBl1992533,S.589[Ziff.634.2]).MitanderenWortenhandeltessichbeidenversichertenLeistungenum
AusArt.16Abs.3Satz3FZG,wobezüglichdertemporärenLeistungenaufArt.17Abs.2FZGverwiesenwird("prestationstempor
f)bildenausdrücklichElementederBerechnungdesMindestbetragsnachArt.17FZG(vgl.dazuE.7hinten).FürdieHöhederAu

5.3.2.InArt.12Reglementwirdwohlebenfallsvon"Leistungen"gesprochen,dieausgerichtetwerden.Indessinddiesezudiffere
16Reglementaufgeführt.DerinArt.12ReglementverwendeteBegriffderLeistunghatsowohlVorsorgeleistungenderVorsorg
Rente"und"PK–Ersatzrente")wieauchdieFinanzierungvonVorsorgeleistungenderPensionskassezumInhalt;dassmitdenfr
undArbeitgeberbeiträgebeiderPensionskasseeineZahlungzwischenzweiVorsorgeeinrichtungendar.DiefinanzielleStellungd
seitensderVorsorgestiftung–wedermehrnoch
wenigerausbezahlt.ErstdieAusrichtungderAltersleistungenseitensderPensionskasse–infolgederBeiträgederBeschwerdeg
wirktsichinleistungsmässigerHinsichtaufdieVorsorgesituationdesVersichertenaus.DieBegleichungderArbeitnehmer–
sowiederArbeitgeberbeiträgebeiderPensionskassekanndeshalbsowohlimGesamtzusammenhangalsauchvonderSachehernic

5.4.

5.4.1.Alsnächstesistzuprüfen,obdietemporären(versicherten)LeistungengemässArt.12Reglement("AHV–Rente"sowie"P
Ersatzrente")mitdeminArt.17Abs.2lit.cFZGverwendetenBegriffder"Überbrückungsrenten"gleichzusetzensind.

5.4.2.AusArt.6Abs.4FZV,wovon"AHV–Überbrückungsrenten"("rentestransitoiresdel'AVS"resp."renditetransitorieAVS"
EinerseitshatVerordnungsrechtdenWillendesGesetzgeberszurespektieren(vgl.BGE139V358E.3.1S.361,537E.5.1S.545).A
Rente",sondernauchaufdie"PK–Ersatzrente"gemässArt.12Reglementzu:EinsachlicherGrundfüreineDifferenzierungis
nichtersichtlichundwirdauchnichtgeltendgemacht.

5.5.AlsZwischenresultatistsomitfestzuhalten,dassdieArbeitnehmer–sowieArbeitgeberbeiträge,diegemässArt.12Regleme

*Rente" sowieder"PK−Ersatzrente"nachArt.*12*Reglementumtemporäre(versicherte)LeistungengemässArt.*17*Abs.*2*FZG.*

6.

6.1.

6.1.1.*DerBeschwerdeführerbringtweitervor,dietemporärenLeistungengemässArt.*12*ReglementwürdenimDeckungskapital*

6.1.2.*DieFrage,nachwelchemVerfahrenbestimmteLeistungenfinanziertwerden,resp.dieAuslegungdesinArt.*16*Abs.*3*Satz*3

6.2.*DieFinanzierungvonLeistungenderAlters−,Hinterlassenen−undInvalidenvorsorgekannimKapital−resp.Anwartscha*
*resp.Ausgabenumlageverfahrenoderaberim Rentenwertumlageverfahrenerfolgen(CARLHELBLING;Personalvorsorgeu*
*BVGundFZG,*2010,*N.*23*ff.zuArt.*65*BVG;STEFANKELLER,Derflexible Altersrücktrittim Bauhauptgewerbe,*2008,*S.*43
*ULRICHSTAUFFER,BeruflicheVorsorge,*2.*Aufl.*2012,*S.*125*ff.Rz.*368*ff.).*
*DerBegriff"Kapitaldeckungsverfahren"wirdvomGesetzgeberinArt.*32*kAbs.*2*desBundespersonalgesetzesvom*24.*März*200
*bezeichnetwird.*

6.3.

6.3.1.*DasKapitaldeckungsverfahrenzeichnetsichimWesentlichendadurchaus,dassdielaufendenunddiekünftigen(anwarts*
*BeimAusgabenumlageverfahrenwerdendieineinerbestimmtenPeriodezuerbringendenLeistungenandieRentnerdurchdieinda*
*oderSchwankungsfonds(HELBLING,a.a.O.,S.*409;*BRECHBÜHL,a.a.O.,N.*26*zuArt.*65*BVG;STAUFFER,a.a.O.,S.*126
*DasRentenwertumlageverfahrenstelltinsofernekeineKombinationderbeidenvorgenanntenVerfahrendar,alsdiejährliche Fin*
*undInvaliditätsleistungennachdemRentenwertumlageverfahrenfinanziert(HELBLING,a.a.O.,S.*410;*BRECHBÜHL,a.a*

6.3.2.*MassgeblichfürdieQualifizierungdesFinanzierungssystemsistnachdemGesagtennichtalleinderzeitlicheAspekt,d.h.z*

6.4.*EinzigArt.*17*ReglententhältBestimmungenüberdieFinanzierungderStiftungresp.derLeistungen:Dieruhegehaltsber*

6.5.

6.5.1.*DieVorinstanzhatunterVerweisaufbuchhalterischeUnterlagenfestgestellt,dieVorsorgestiftungäufnefürdieFinanzi*
*DieseFeststellungensindnichtoffensichtlichunrichtigundberuhenauchnichtaufeinerRechtsverletzung.Siebleibendaherfü*

6.5.2.*DassdieRechnungslegungderVorsorgestiftungeineBilanzierungsvorschriftodereineandererechtlicheVorgabeüberdie*
*imBereichdesReglements"Ruhegehaltsabkommen"einevollautonomeVorsorgeeinrichtung,welchedieRisikenTodundInvalid*
*aufgrundihresaktivenVersichertenbestandeszurBildungausreichendertechnischerRückstellungenalsRückdeckungverpflic*
*undInvalidenvorsorge[BVV*2;*SR*831.441.1]*i.V.m.Art.*65*Abs.*1*undArt.*67*BVGsowieArt.*89*aAbs.*6*Ziff.*14*ZGB).Damitwirda*
*undTodesfällen(beiAktiven)unddendamitverbundenenhöherenFinanzierungsrisikenRechnunggetragen,dieinsbesondereb*
*ermöglicheneineImprovisationinletzterMinute(vgl.FachrichtlinieFRP*2,*Vorsorgekapitalienundtechnische Rückstellungen*
*planmässigaufgebauten−Deckungskapitalundden−notwendigen−technischenRückstellungenistdennauchgemässdenFa*
*Kammer,SchweizerHandbuchderWirtschaftsprüfung[HWP],Bd.*4,2009,*S.*182*und*184*oben)geboten(vgl.Art.*47*Abs.*2*BV*

6.5.3.*Andersalsdiefreien Mittelunddie Wertschwankungsreserven(vgl.SVR*2015*BVGNr.*25*S.*95,9*C*24/2014*E.*5.3.4)*dürfe*
*undauchinconcreto(vgl.E.*6.5.1)*−denfreienMittelnzugewiesen(vgl.BGE*140*V*121*E.*5.4*S.*129),*diereglementskonform(au*
*dalediglicheinKönnenundnichtein(automatisches)Müssen−biszumEintrittdesVorsorgefallesaufgeschoben.Damitsteht fe*
*nichtimKapitaldeckungsverfahrenfinanziertwerdenundbeiderBarwertberechnunggemässArt.*16*FZG weggelassenwerden*

6.5.4.*ZukeinemanderenErgebnisführtderUmstand,dasslautAnschlussvertragmitderneugegründetenArbeitgeberinvom*18.
*DieAusfinanzierungistBedingungder"Weiterversicherung"imZugedesFirmenübertrittsimJuni*2010(*vgl.Sachverhaltlit.A*)..
*Ab*1.*Oktober*2007*wurdenkeineVersichertenmehrindenVorsorgeplan"Ruhegehaltsabkommen"aufgenommen(E.*4.1);*neueV*
*erforderlichenPlanmässigkeit.DieEinkaufssummeist,vomBlickwinkelderVorsorgestiftungausgesehen,Manövriermasse f*
*imVergleichzudenfrüherausgetretenen−einzigaufgrunddererfolgtenAusfinanzierungbesserzustellen(Art.*1*Abs.*3*BVGi.V*

6.6.*Zusammenfassendsteht fest,dassdie"AHV − Rente"wieauchdie"PK − Ersatzrente",diegemässArt*.12*Reglementbeieine*

7.

7.1.*FürdieBegründungseinesEventualantragesberuftsichderBeschwerdeführerauf Art*.17*Abs*.1*und*5*FZG*(*vgl.E*.3.1).*Erm*
*geleistet,wovonihmeinDrittelalsArbeitnehmerbeiträgeanzurechnenseien.UnterBerücksichtigungeinesZuschlagesvon*100*P*
.

7.2.*DieHöhederAustrittsleistungbestimmtsichnachdemReglement.Siemussmindestenssohochseinwiedienach Art*.15 −
19*FZGberechneteAustrittsleistung*(*Art*.2*Abs*.2*FZG*;*E*.3.1).*Dergesetzliche"Wert"kommtalsonurzurÜberweisung,wenndie*

7.3.

7.3.1.*Art*.15*FZGbestimmtdieAnsprücheimBeitragsprimat,Art*.16*FZGdiejenigenimLeistungsprimat*(*vgl.E*.3.1).*DieArt*.17
*BVGundFZG*,2010,*N*.3*zuArt*.15*FZG*).*DieseAuslegeordnungergibtsichnichtnurgestütztaufdenWortlautvonArt*.17*Abs*.1*F*
*d.h.integrale − Austrittsleistung*("*uneprestationdesortie*";"*unaprestazioned'uscita*")*gegeben,worauf*
*sich*(*auch*)*derinderÜberschrift vonArt*.17*FZGgenannteMindestbetrag*("*montantminimum*";"*importominimo*")*bezieht.Au*
595*Ziff*.634;*ABNvom*8.*Dezember*1992*S*.2442 − 2449*undABSvom*17.*Juni*1993*S*.567 − 570).*ÜberdieshatdieVorinstanzrich*
*hierimFokusstehenden − gesetzlichenOrdnungkeinRaumfüreineKumulation.*

7.3.2.*InconcretoliegtwedereinAnwendungsfallvonArt*.18*FZG*(*vgl.E*.4.1)*nochvonArt*.19*FZG*(*vgl.Sachverhaltlit.A*)*vor.Na*

8.
*DemAusgangdesVerfahrensentsprechendwerdendieGerichtskostendemBeschwerdeführerauferlegt*(*Art*.66*Abs*.1*BGG*).

*Demnacherkenntdas Bundesgericht* :

1.
*DieBeschwerdewirdabgewiesen.*

2.
*DieGerichtskostenvonFr*.500. − *werdendemBeschwerdeführerauferlegt.*

3.
*DiesesUrteilwirddenParteien,demSozialversicherungsgerichtdesKantonsZürichunddemBundesamtfürSozialversicherung*

*Luzern*,19.*Februar*2016
*ImNamenderII.sozialrechtlichenAbteilung*
*desSchweizerischenBundesgerichts*

*DiePräsidentin* : *Glanzmann*

*DieGerichtsschreiberin* : *Dormann*